

# **Die Verfasste Studierendenschaft & ihre Aufgaben**

mit Katharina Krahé

# Heute geht es um:

- die Verfasste Studierendenschaft (VS)
- ihren rechtlichen Rahmen
- ihren Status als Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts
- ihr politisches Mandat?
- zwei beispielhafte Gerichtsurteile

# Die Hochschule als Körperschaft des öff. Rechts

- Was ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR)?
  - Eine mit öffentlichen Aufgaben beauftragte juristische Person des öR
    - Der Staat delegiert Aufgaben der Verwaltung: an Länder → Ministerien → Hochschulen
    - Die delegierende Stelle hat die Rechtsaufsicht über die KdöR
- In Deutschland zB:
  - Bund, Länder, Gemeinden
  - Landesärztekammer, Landesankwaltskammer
  - Hochschulen

# Die VS als Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts

- VS ist Teil der Hochschule → Teil-/Gliedkörperschaft des öR
- Rechte, Pflichten, Aufgaben
  - u.a. studentische Selbstverwaltung
  - Verwaltung von z.B. eigenen Räumen, Satzungshoheit, etc.
  - berechtigt zum Erheben von Beiträgen
    - je nach VS unterschiedlich hoch  
Budgets variieren stark
- KdöR sind nach Art 1 (3) GG an das Grundgesetz gebunden

# Die Verfasste Studierendenschaft

- **Was ist die Studierendenschaft?**

- grundsätzlich die Gesamtheit aller Studierender einer Hochschule

- **Was ist die *Verfasste* Studierendenschaft?**

- Landeshochschulgesetz (LHG): § 65 Studierendenschaft
- abschließende Auflistung von Aufgaben (LHG § 65 (2) )
  - Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden
  - Hilfe bei der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule
  - Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden
  - Chancengleichheit & Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft
  - Integration internationaler Studierende
  - Förderung sportlicher Aktivitäten
  - überregionale und internationale Vernetzung
- zum Nachlesen: <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-HSchulGBWV19G13/> / <https://bit.ly/3WxtQO7>

# Organisationssatzung der VS

- LHG § 65 a Organisation der Studierendenschaft; Beiträge
  - Die VS gibt sich eine Organisationssatzung, die ein Legislativ- und ein Exekutivorgan vorsieht
  - Freiheiten
- Freiburg:
  - Seit 2013 wieder verfasst
  - StuRa = Legislative
  - AStA (**A**llgemeiner **S**tudierenden**A**usschuss) = Exekutive
    - Mitglieder haben Mandat des StuRa
  - WSSK (Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission) = wird vom LHG als „Schlichtungsorgan“ vorgeschrieben

# Arbeit der (autonomen) Referate

- Referate arbeiten inhaltlich zu Themen, um die genannten Aufgaben zu erfüllen
- Besonders in den Bereichen: Förderung der Chancengleichheit und Abbau von Benachteiligungen, Integration ausländischer Studierender
  - Referat für Studierende mit familiäre Verpflichtungen
  - Studieren ohne Hürden
  - Genderreferat
  - Referat für internationale Studierende
  - Regenbogenreferat

# Das politische Mandat der VS?

- Bis 2018 war §65 (4):

„Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr. Sie wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität.“ (Streichung des ersten Satzes in der Novellierung 2018)
- Status als KdöR bedeutet Zweckbindung der VS
- u.a. begründet über Zwangsmitgliedschaft der Studierenden, Erheben von Beiträgen
- Hierzu gibt es zwei wegweisende Urteile:



# BVerwG 6 C 10.98 - „Brückenschlag“

- Auslöser: Klage eines Studenten der Uni Münster gegen den dortigen AStA
- u.a. auf Unterlassung von Äußerungen zum ökologischen und verkehrspolitischen Nutzen des dort neu eingeführten Semestertickets
- Urteil: keine unzulässige Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats
- Möglichkeit eines „Brückenschlags“ zu allgemeinpolitischen Themen, wenn der Zusammenhang zur HoPo deutlich erkennbar bleibt
- Betonung: kein „Freibrief“
- Zum Nachlesen:  
[https://www.judicialis.de/Bundesverwaltungsgericht\\_BVerwG-6-C-10-98\\_Urteil\\_12.05.1999.html](https://www.judicialis.de/Bundesverwaltungsgericht_BVerwG-6-C-10-98_Urteil_12.05.1999.html)  
/ <https://bit.ly/3zK4Qft>

# VG Frankfurt 4 K 461/19.F

- Auslöser: Klage der Präsidiums der Goethe-Universität Frankfurt a.M. gegen den eigenen AStA
- Dieser hatte sich “[in einer] Reihe an Äußerungen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen sowie eine vom Studierendenparlament beschlossene Resolution” allgemeinpolitisch geäußert
- Mehreren Ermahnungen des Präsidiums wurde nicht entsprochen
- “Eine rechtmäßige Wahrnehmung des zulässigen Hochschulmandats im Sinne der sog. Brückenschlagtheorie des BVerwG liegt nicht vor, solange **im Schwerpunkt** allgemeinpolitische Themen betroffen sind und Hochschulbelange nur beiläufig benannt werden.”
- Zum Nachlesen:  
<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE210000361>  
/ <https://bit.ly/4cFODXf>

# Fazit

- Spannungsverhältnis: Aufforderung zur Förderung politischer Bildung im LHG vs. Status als Teil-KdöR
- Brückenschlag macht viel möglich, aber nicht alles
- Rahmen der HoPo ist fix: rechtliche Vorgaben des LHG und des GG, Themen und Schwerpunkte können selbst gesetzt werden oder ergeben sich
- Die Arbeit der autonomen Referate ist vom LHG legitimiert
- Das Rektorat hat die Rechtsaufsicht über die VS; ehe geklagt wird, wird i.d.R. ermahnt